

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

II. Quartal 2018

Wirtschaftschronik. II. Quartal 2018

Auf die Einführung von Schutzzöllen durch die USA reagieren die betroffenen Länder mit protektionistischen Maßnahmen. Die Auswirkungen dieser Entwicklung bergen Risiken für die Weltkonjunktur. Die Europäische Union treibt die Verhandlungen von Freihandelsabkommen voran und versucht, die von den USA wieder aufgenommenen Sanktionen gegen den Iran für europäische Unternehmen abzufedern. Die Sorge vor einer neuerlichen Migrationswelle dominiert die Tagung des Europäischen Rates. In den USA steigen die Leitzinssätze; die Europäische Zentralbank plant, die Anleihenankäufe bis Ende 2018 auslaufen zu lassen. – Das Verfahren zur Ratifizierung des Handelsabkommens CETA wird vom österreichischen Nationalrat abgeschlossen. Das Parlament beschließt die Einführung des "Familienbonus plus" und beschäftigt sich mit der Arbeitszeitflexibilisierung, die eine Tageshöchst Arbeitszeit von 12 Stunden und eine Wochenhöchst Arbeitszeit von 60 Stunden ermöglichen könnte.

Calendar of Economic Events. Second Quarter of 2018

The introduction of protective tariffs by the USA triggered protectionist measures in the countries affected. These steps harbour risks for the global economy. The European Union pushes for negotiations on free trade agreements and attempts to cushion for European businesses against the effects of sanctions against Iran reintroduced by the USA. Worries about a new wave of migrants dominate the meeting of the European Council. Interest rates in the USA are on the rise; the European Central Bank plans to leave off purchasing bonds by the end of 2018. – The procedure to ratify CETA is completed by the Austrian National Council (the Lower House). Parliament resolves to introduce a "Family Bonus Plus" and discusses a scheme to make the regime of working hours more flexible which would allow a maximum of 12 working hours a day and 60 hours a week.

Kontakt:

Mag. Angelina Keil: WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, angelina.keil@wifo.ac.at

JEL-Codes: D02, E02, N00 • **Keywords:** Chronik, Institutionen, Österreich, EU, international, Wirtschaftspolitik

Abgeschlossen am 30. Juni 2018.

Begutachtung: Christian Glocker, Margit Schratzenstaller

1. Ausland

2. April: Als Vergeltungsmaßnahme für die Anhebung von Zöllen durch die USA verhängt China auf die Einfuhr von 128 Produktkategorien aus den USA Zölle zwischen 15% und 25%. Importe wie gefrorenes Schweinefleisch, Nüsse und Früchte im Ausmaß von 3 Mrd. \$ jährlich sind betroffen.

China: Zölle USA

10. April: Mark Zuckerberg, der Gründer und Geschäftsführer des Kommunikationsnetzwerkes Facebook sagt vor dem Justiz- und Handelsausschuss des Senates der USA zum Umgang der Plattform mit Benutzerdaten aus. Hintergrund ist der Zugriff der Cambridge Analytica auf Benutzerdaten zum Zweck der politischen Wahlwerbung. Der Datenmissbrauchsskandal betrifft 87 Mio. Benutzer und Benutzerinnen weltweit und wirft Fragen des Datenschutzes und der Meinungsfreiheit auf.

USA: Facebook

11. April: Die Direktorin des Internationalen Währungsfonds Lagarde weist auf die Konjunkturdämpfung und auf die Risiken des drohenden Handelsstreites infolge der Zollpolitik der USA sowie auf den Anstieg der Zinssätze hin. Protektionistische Tendenzen seien zurückzudrängen, da sie vor allem armen Bevölkerungsschichten schaden. Lagarde empfiehlt den USA, die öffentlichen Ausgaben zu senken und die Staatseinnahmen zu erhöhen. Deutschland solle die Investitionstätigkeit stärken und das Wachstumspotential dauerhaft verbessern.

IWF: Konjunkturrisiken

EU: Freihandelsabkommen Japan, Singapur

18. April: Die Europäische Kommission leitet die Vertragstexte der Freihandelsabkommen mit Japan und Singapur an den Ministerrat weiter. Die beiden Freihandelsabkommen sollen 2019 in Kraft treten. Das Investitionsschutzabkommen mit Singapur wurde abgetrennt, da solche Verträge laut EUGH durch die nationalen und teilweise regionalen Parlamente beschlossen werden müssen.

Weltbankgruppe: Kapitalerhöhung

21. April: Anlässlich der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank wird eine Kapitalerhöhung der Weltbankgruppe um 13 Mrd. \$ beschlossen. Die USA fordern, Weltbankressourcen stärker Ländern mit niedrigem Einkommen verfügbar zu machen; Länder mit mittlerem Einkommen sollten auf andere Finanzquellen zurückgreifen.

EU: Freihandelsabkommen Mexiko

22. April: Das seit dem Jahr 2000 geltende Freihandelsabkommen zwischen der EU und Mexiko soll ausgeweitet werden, um künftig 99% der Waren zollfrei austauschen zu können. Angestrebt werden der Zollabbau für Agrarprodukte und verarbeitete Agrargüter sowie die Vereinfachung der Zollverfahren für bereits zollfrei ausgetauschte Industrieprodukte.

USA: Importzölle

1. Mai: Die USA verlängern die temporäre Ausnahmeregelung der Importzölle auf Stahl und Aluminium aus der EU, aus Kanada und Mexiko bis 1. Juni 2018¹⁾.

EU: Mehrjähriger Finanzrahmen 2021-2027

2. Mai: Die Europäische Kommission legt den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 vor. Die Ausgaben (Verpflichtungsmittel) sollen über die gesamte Periode kumuliert 1.135 Mrd. € betragen (zu Preisen von 2018, 160 Mrd. € p. a.). Dies entspricht 1,11% des BNE der 27 EU-Länder (ohne Vereinigtes Königreich). Bei Einrechnung der erwarteten Inflation entspricht der Betrag 1.279 Mrd. €. Das Volumen des laufenden Mehrjährigen Finanzrahmens 2014-2020 beträgt 1,03% des BNE für die EU 28 bzw. 1,16% des BNE der EU 27. Eine Aufstockung der Eigenmittel zur Finanzierung des EU-Haushaltes wird aufgrund des Ausfalls des Nettozahlers Vereinigtes Königreich und der Budgeterhöhung im Bereich des gemeinsamen Grenzschatzes, des Asylwesens und der externen Beziehungen notwendig. Der zusätzliche Finanzbedarf wird jeweils zur Hälfte aus zusätzlichen Einnahmen (höhere Beitragszahlungen und neue Eigenmittelquellen) und Kürzungen bestehender Ausgabenprogramme gedeckt. Der Anteil der beiden größten Ausgabenpositionen Kohäsions- und Agrarpolitik an den Gesamtausgaben wird auf jeweils 29% gesenkt (von derzeit 34% bzw. 38%). Für die Bereiche Forschung und Innovationen wird um 50% mehr aufgewandt als im Mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020. Bis 2027 soll der Anteil der Eigenmittel, der aus Beiträgen der Mitgliedsländer finanziert wird, von derzeit gut 80% auf 71% gesenkt werden; "echte" Eigenmittel, z. B. Zolleinnahmen sowie die neuen Eigenmittelquellen (ein Anteil von 3% an den Einnahmen aus einer harmonisierten Körperschaftsteuerbemessung, die Einnahmen aus einer Plastiksteuer und 20% der Einnahmen aus der Versteigerung der ETS-Zertifikate), sollen bis 2027 29% der EU-Einnahmen erbringen.

USA: Sanktionen Iran

11. Mai: Zwei Tage nach der einseitigen Kündigung des Atomabkommens mit dem Iran durch die USA führen die USA die Sanktionen gegen den Iran wieder ein. Europäische Unternehmen, die sich nicht an die wirtschaftlichen Sanktionen halten, müssen in den USA mit Strafmaßnahmen rechnen.

EU: Währungs- und Bankenunion

21. Mai: In Deutschland unterzeichnen 154 Ökonomen und Ökonominen einen Aufruf gegen einen weiteren Ausbau der Europäischen Währungs- und Bankenunion zu einer Haftungsunion.

EU: Facebook

23. Mai: Mark Zuckerberg nimmt an einer Anhörung im Europäischen Parlament zum Missbrauch von Benutzerdaten durch Facebook teil.

EU: Banken

25. Mai: Die Mitglieder des Rates für Wirtschaft und Finanzen der EU-Länder einigen sich zum Schutz vor künftigen Finanzkrisen auf strengere Regeln für die Eigenkapitalbedeckung und für die Abwicklung von Banken. Die Verlustabsorptionsfähigkeit (Total Loss-Absorbing Capacity – TLAC)²⁾ der größten Banken muss demnach mindestens 8% der Bilanzsumme ausmachen. Um eine übermäßige Verschuldung zu verhindern, soll das Kernkapital mindestens 3% der Bilanzsumme betragen (Verschuldungs-

¹⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. I. Quartal 2018", WIFO-Monatsberichte, 2018, 91(4), S. 241, <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/61044>.

²⁾ Haftendes Eigenkapital für den Fall von Verlusten.

quote – Leverage Ratio); für systemrelevante Banken gilt eine höhere Quote. Großbanken aus Drittländern mit Tochterbanken in der EU müssen diese künftig in einer EU-Holding zusammenfassen, um eine etwaige Abwicklung zu erleichtern.

Gemäß einer Entscheidung des deutschen Verkehrsministers muss der Autohersteller Daimler europaweit 774.000 Diesel-Fahrzeuge wegen unzulässiger Abschalteneinrichtungen zurückrufen.

29. Mai: Eine Änderung der Entsenderichtlinie wird vom Europäischen Parlament gebilligt. Unselbständige können bis zu 12 Monate, mit einer Option auf Verlängerung für weitere 6 Monate, in ein Gastland entsandt werden, wobei Mindestlohn und Lohnzuschläge des Gastlandes gelten.

31. Mai: Die Europäische Kommission schlägt zwei neue Finanzierungsinstrumente vor: Ein Reformhilfeprogramm, für das im Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 25 Mrd. € bereitstehen sollen, soll die Umsetzung von prioritären nationalen Reformen erleichtern. Eine Investitionsstabilisierungsfunktion soll die Investitionen in Euro-Ländern und Euro-Beitrittsländern im Falle von asymmetrischen Schocks (Naturkatastrophen, Ausfall wichtiger Handelspartner) unterstützen; in diesem Zusammenhang könnten bis zu 30 Mrd. € an zinsfreien Krediten vergeben werden, wobei der EU-Haushalt als Garantie für die Kapitalaufnahme auf dem Markt bürgt. Die Zinszahlungen müssten über einen Stabilisierungsfonds finanziert werden, der aus den Gewinnen der Notenbanken gespeist wird.

1. Juni: Nachdem die Ausnahmeregelung für die EU-Länder, Kanada und Mexiko ausgelaufen ist, erheben die USA Strafzölle von 25% auf Stahl- und von 10% auf Aluminiumimporte aus dieser Ländergruppe.

1.-2. Juni: Anlässlich des Treffens der Finanzminister und Notenbankgouverneure der G 7 kritisieren Kanada, Frankreich, Italien, Deutschland, das Vereinigte Königreich und Japan die Strafzölle der USA auf Stahl und Aluminium und weisen auf die weltweiten Gefahren des Handelsstreites hin.

Die EU reicht diesbezüglich eine Klage bei der WTO ein. Gleichzeitig wird zum Schutz des geistigen Eigentums europäischer Unternehmen gegen China eine Klage eingebracht.

6. Juni: Um die Wirtschaftsbeziehungen und den Kapitaltransfer mit dem Iran aufrechtzuerhalten, beschließt die Europäische Kommission ein Gesetz zur Abwehr der Sanktionen der USA. Unternehmen, die durch Sanktionen der USA Kosten und Verluste erleiden, werden entschädigt.

8.-9. Juni: In Kanada findet das G-7-Treffen der Staats- und Regierungsoberhäupter statt. Der Vorschlag des Präsidenten der USA, Russland wieder in den Verband aufzunehmen, wird von allen Ländern mit Ausnahme von Italien abgelehnt. Trump fordert eine Zollfreiezone zwischen den wichtigsten Industrieländern. Die gemeinsame Schlussklärung enthält Initiativen zum Schutz der Ozeane und zur Eindämmung von Plastikmüll, die Forderung nach erhöhten Investitionen in die Ausbildung von Frauen und Mädchen und ein koordiniertes Vorgehen gegen den Einfluss von feindlichen Kräften auf demokratische Wahlen. Präsident Trump, der ursprünglich dem gemeinsamen Papier zustimmte, teilt mit, dass er die gemeinsame Erklärung nun doch nicht unterstütze.

10. Juni: Die Schweizer Bevölkerung stimmt gegen die "Vollgeld-Initiative". Sie hätte die Geldschöpfung von Banknoten und elektronischem Geld ausschließlich der Notenbank unterstellt und die Schaffung von Buch- und Giralgeld über die Kreditvergabe durch die Geschäftsbanken unterbunden.

14. Juni: Die Europäische Zentralbank plant den Ankauf von Anleihen schrittweise bis Ende 2018 einzustellen. Bis Ende September werden monatlich Wertpapiere bis zu 30 Mrd. €, im IV. Quartal bis zu 15 Mrd. € angekauft. Die EZB will die Leitzinssätze bis Sommer 2019 unverändert bei 0% bzw. für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 0,25% und den Satz für die Einlagefazilität bei -0,4% belassen.

Das Europäische Parlament und die Europäische Kommission einigen sich auf eine Änderung der Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen. Der Anteil dieser Energie am Bruttoenergieverbrauch soll bis 2030 auf 32%

Daimler: Rückruf

EU: Entsenderichtlinie

*EU: Reformhilfeprogramm,
Investitionsstabilisierungsfunktion*

USA: Strafzölle

G 7: Handelsstreit

EU: WTO

EU: Iran

G 7: Schlussklärung

Schweiz: Vollgeld-Initiative

*Europäische Zentralbank:
Anleihenankauf*

EU: erneuerbare Energie

gesteigert werden. Nach derzeitiger Regelung muss dieser Anteil bis 2020 20% erreichen.

USA: Leitzinssatzerhöhung

Die Notenbank der USA erhöht die Leitzinssätze um 25 Basispunkte. Die Federal Funds Rate liegt nun zwischen 1,75% bis 2%.

EU: Freihandelsabkommen
Australien

18. Juni: Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Australien beginnen.

Audi: "Dieselskandal"

Der Vorstandsvorsitzende des deutschen Autokonzerns Audi wird im Zusammenhang mit dem "Dieselskandal" (manipuliertes Abgassystem) wegen Betruges in Untersuchungshaft genommen.

EU: Zölle Stahl, Aluminium

20. Juni: Auf die Anhebung von Zöllen auf Stahl und Aluminium durch die USA reagiert die Europäische Kommission mit der Einführung von zusätzlichen Zöllen von 25% auf Orangensaft, Whiskey, Tabak, Jeans, Erdnussbutter oder Motorräder. Die Importstrafen wurden bereits Mitte Mai 2018 bei der Welthandelsorganisation (WTO) angemeldet und sollen ab Juli 2018 gelten.

IWF: Argentinien

Nach der starken Abwertung der argentinischen Währung Peso gewährt der Internationale Währungsfonds dem Land einen Kredit von 50 Mrd. \$ mit einer Laufzeit von 3 Jahren. Das vorgeschriebene Reformprogramm soll die Staatsschulden senken sowie das Vertrauen der Investoren in die Wirtschaftspolitik und die Unabhängigkeit der Zentralbank wiederherstellen.

Euro-Gruppe: Griechenland

21. Juni: Die Finanzminister und Finanzministerinnen der Euro-Gruppe unterstützen das für August 2018 vorgesehene Auslaufen des makroökonomischen Anpassungsprogrammes für Griechenland. Griechenland erhielt innerhalb von 8 Jahren von der EU insgesamt 242 Mrd. €, vom IWF 32 Mrd. €. Griechenlands Staatsverschuldung beträgt derzeit 180% des BIP. Drei Maßnahmen sollen das Auslaufen der Programme erleichtern: So wird der Schuldendienst (96 Mrd. €) aus dem zweiten Hilfspaket zehn Jahre bis 2032 gestundet. Falls Griechenland weiterhin einen Reformkurs einhält, wird ein Aufschlag auf bestehende Kredite abgeschafft. Die EZB und die nationalen Zentralbanken werden die Gewinne aus griechischen Anleihen auf dem Sekundärmarkt (5 Mrd. €) bis 2022 an Griechenland zahlen. Die letzte Kredittranche aus dem ESM von 15 Mrd. € wird ausgezahlt. 5,5 Mrd. € werden für den Schuldendienst verwendet, 9,5 Mrd. € in einen Liquiditätspuffer eingebracht, der mit über 24 Mrd. € dotiert ist und den Finanzierungsbedarf des Landes 22 Monate abdecken kann.

OPEC: Fördermenge

Die erdölexportierenden Länder (OPEC) entscheiden anlässlich ihres Treffens in Wien, die Rohölfördermengen um 1 Mio. Fass pro Tag auszuweiten, und reagieren damit auf den Anstieg der Preise auf dem Rohölmarkt.

EU, China: Dialog

25. Juni: In Peking findet der siebente jährliche "China-EU High-Level Dialogue" statt. Gemeinsame Arbeitsgruppen erarbeiten Vorschläge für eine Reform der WTO. Falls China angesichts der Einführung von Zöllen auf Stahl und Aluminium durch die USA diese Waren verstärkt in der EU anbiete, befürchtet die EU Probleme für Produzenten in der Europäischen Union.

BIZ: Jahresbericht

Anlässlich der Präsentation des Jahresberichtes der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) wird auf die Risiken des Protektionismus, des Anstieges der außerordentlich niedrigen Zinssätze und des generellen Rückganges der Risikobereitschaft von Investoren für die Weltwirtschaft hingewiesen. Ein Kapitel des Berichtes weist die Kryptowährungen als Mischung aus Finanzblase, Ponzi-System und Umweltkatastrophe, nicht aber als allgemeines Zahlungssystem aus.

USA: Haushaltsausblick

26. Juni: Das Budgetbüro des Kongresses der USA (Congressional Budget Office – CBO) präsentiert den langfristigen Haushaltsausblick; demnach übersteigt das Wachstum der zu erwartenden Ausgaben auf Bundesebene das Wachstum der Einnahmen. Die Schuldenquote auf Bundesebene wird sich aufgrund der Alterung der Bevölkerung, der Zunahme der Gesundheitsausgaben und des Zinsanstieges von derzeit 70% des BIP innerhalb von 10 Jahren auf 96% des BIP erhöhen.

USA: Stresstest

28. Juni: Der Stresstest der Bankenaufsicht der Federal Reserve Bank ortet bei der Deutsche Bank USA Corporation qualitative Mängel hinsichtlich der Methoden und

Annahmen zur Erstellung des Kapitalplanes und weist diesen zurück. Die Aufsichtsbehörde kritisiert auch die Datenverfügbarkeit und die internen Kontrollen sowie Mängel im Bereich des Risikomanagements. Als einzige von 34 geprüften Banken besteht die Deutsche Bank USA Corporation das zweistufige Prüfungsverfahren nicht.

28.-29. Juni: Anlässlich der Tagung des Europäischen Rates werden Maßnahmen zur gemeinsamen Vorgangsweise in der Asyl- und Migrationspolitik festgelegt. Eine unkontrollierte Migrationsbewegung wie im Jahr 2015 soll durch Kontrollen an den EU-Außengrenzen, verstärktes auswärtiges Handeln und EU-interne Maßnahmen verhindert werden. Dem Geschäftsmodell des Schlepperwesens soll entgegengewirkt werden. In EU-Ländern, die sich freiwillig bereiterklären, ist die Errichtung von kontrollierten Zentren vorgesehen, die die derzeitigen "Hotspots" für ankommende Migranten und Migrantinnen ersetzen sollen. In den Zentren wird die Trennung zwischen Asylberechtigten und Personen ohne Bleiberecht erfolgen. Auf freiwilliger Basis sollen die Asylberechtigten in andere EU-Länder weiterreisen. Neu zu errichtende Anlandeplattformen (Ausschiffungsplattformen) in Nordafrika (Libyen, Tunesien, Marokko und Ägypten) sollen das Geschäftsmodell der Schlepper unterbinden. In Zusammenarbeit mit der UNO-Flüchtlingsorganisation (UNHCR) und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) werden dort die individuellen und völkerrechtlichen Gegebenheiten der Asylsuchenden vor einer Ausschiffung überprüft. Die Sekundärmigration innerhalb Europas soll durch Rechtssetzungs- und Verwaltungsmaßnahmen in enger Zusammenarbeit der EU-Länder gelöst werden. Bilaterale Vereinbarungen sollen die Rückführung von Asylwerbenden regeln. Griechenland und Spanien sind bereit, Flüchtlinge zurückzunehmen, die an der Grenze zwischen Deutschland und Österreich angekommen sind, jedoch zuvor in Griechenland oder Spanien registriert waren. Der Rat beschließt die Auszahlung der zweiten Tranche von 3 Mrd. € für das Türkeiabkommen, um einem neuen Flüchtlingsstrom vorzubeugen. Aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) werden 500 Mio. € in Form eines gesonderten Fonds für Afrika übertragen.

Der Rat beschließt, die Sanktionen gegen Russland um weitere 6 Monate zu verlängern.

Er beklagt, dass es von Seiten des Vereinigten Königreiches keine klaren Vorstellungen zum Verhältnis zur EU nach dem Austritt gebe. Akzeptable Vorschläge etwa zur Grenzkontrolle zwischen der Republik Irland und Nordirland fehlen. Die Zahl der Sitze im Europäischen Parlament wird nach dem Brexit von 751 auf 705 Sitze verringert, 27 Sitze des Vereinigten Königreiches werden Ländern zugeordnet, die nach ihrer Bevölkerungsgröße unterrepräsentiert sind.

Bezüglich des Außenhandels setzt der Rat auf Abkommen mit Drittländern, gleichzeitig aber auf strikte Kontrolle von Investitionen in Schlüsselsektoren. Der Rat begrüßt die Einführung von Gegenzöllen als Reaktion auf die Einführung von Zöllen auf Stahl und Aluminium durch die USA und die Bereitschaft, mit den USA an einer Reform der WTO zu arbeiten. Auf weitere Schutzzölle der USA, etwa auf Pkw, werde entschlossen reagiert werden. Der Rat beschließt, dass der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) künftig nicht nur Euro-Ländern Kredite einräumen kann, sondern auch als Sicherheit für den Bankenabwicklungsfonds (SRF) eingesetzt werden kann.

EU: Ratstagung

2. Österreich

3. April: Die Ministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus und der Minister für Verkehr, Innovation und Technologie präsentieren die österreichische Klima- und Energiestrategie "#Mission 2030". Ziel ist die Senkung der Treibhausgasemissionen bis 2030 um 36% gegenüber 2005.

19. April: Der Nationalrat verabschiedet das Doppelbudget 2018/19 und den neuen Bundesfinanzrahmen bis zum Jahr 2022 sowie die Budgetbegleitgesetze³⁾.

Klima- und Energiestrategie

Nationalrat: Doppelbudget

³⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. I. Quartal 2018", WIFO-Monatsberichte, 2018, 91(4), S. 242, <https://www.wifo.ac.at/wifo/pubid/61044>.

Ministerrat: Sozialversicherungsreform

23. Mai: Im Ministerrat beschließt die Bundesregierung die Reform der Sozialversicherung. Die derzeit 21 Sozialversicherungen sollen in 4 bis 5 Sozialversicherungen zusammengelegt werden. In der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) sollen die bisher 9 Gebietskrankenkassen und die Betriebskrankenkassen zusammengeschlossen werden. Die Sozialversicherung der gewerblichen Wirtschaft (SVA) und die Sozialversicherungsanstalt der Bauern (SVB) werden in der Sozialversicherung der Selbständigen zusammengefasst. Die Sozialversicherungsanstalt für den öffentlichen Dienst und der Schienenverkehrsunternehmen wird die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter (BVA) und die Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau (VAEB) umfassen. Die Pensionsversicherungsanstalt soll wie bisher eigenständig bleiben, über die Zukunft der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA) wird nach Vorlage einer Reform und eines Einsparungsprogrammes bis Ende 2018 entschieden. Ein Dachverband wird koordinierend tätig sein und trägerübergreifende Aufgaben übernehmen.

Datenschutzgesetz: DSGVO

25. Mai: Die Bestimmungen der DSGVO und des österreichischen Datenschutzgesetzes in der Fassung des Datenschutz-Anpassungsgesetzes 2018 und des Datenschutz-Deregulierungs-Gesetzes 2018 treten in Kraft. Unternehmen, die personenbezogene Daten wie Kundendateien, Rechnungsdatenbanken oder Lieferantendaten verarbeiten bzw. speichern, müssen Anpassungen gemäß der neuen Rechtslage durchführen.

Nationalrat: CETA

13. Juni: Der Nationalrat genehmigt den Abschluss des Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) zwischen der EU und ihren Mitgliedsländern einerseits und Kanada andererseits samt Gemeinsamer Auslegungserklärung⁴⁾.

Finanzausschuss: "Familienbonus Plus"

19. Juni: Im Finanzausschuss wird mit dem Jahressteuergesetz 2018 die Einführung des "Familienbonus Plus" beschlossen. Ab 2019 kann für in Österreich lebende Kinder bis 18 Jahre von einem Elternteil oder verteilt auf beide Eltern ein Absetzbetrag von bis zu 1.500 € pro Kind und Jahr in Anspruch genommen werden. Für getrenntlebende Eltern, die Unterhalt leisten, wird der Familienbonus aufgeteilt. Für volljährige Kinder, für die Familienbeihilfe bezogen wird, verringert sich der Absetzbetrag auf 500 € pro Jahr. Der Familienbonus ist nicht negativsteuerfähig. Der derzeitige Kinderfreibetrag und die Steuerabzugsfähigkeit der Kinderbetreuungskosten bis zum 10. Lebensjahr entfallen.

Für geringverdienende Alleinerziehende oder Alleinverdienende wird nach dem Familienbonus Plus und dem Alleinerzieherabsetzbetrag bzw. dem Alleinverdienerabsetzbetrag ein Kindermehrbetrag von höchstens 250 € pro Kind und Jahr von der Steuer abgezogen bzw. ausgezahlt. Ab 2019 werden von dieser Maßnahme jährlich 950.000 Familien und 1,6 Mio. Kinder in einem Umfang von 1,5 Mrd. € pro Jahr profitieren. Für Kinder, die ständig in einem anderen EU-Land, im EWR oder in der Schweiz leben, werden der Familienbonus Plus, der Alleinverdiener- und der Alleinerzieherabsetzbetrag sowie der Unterhaltsabsetzbetrag an das vom Statistischen Amt der Europäischen Union veröffentlichte Preisniveau des jeweiligen Landes angepasst.

Parlament: Arbeitsmarktflexibilisierung

29. Juni: Im Parlament findet eine Sondersitzung zum Initiativantrag der Koalitionsparteien zur Arbeitsmarktflexibilisierung statt. Der Antrag sieht die Änderung des Arbeitszeitgesetzes vor. Im Bedarfsfall kann die tägliche Arbeitszeit von derzeit höchstens 10 auf 12 Stunden und die wöchentliche Arbeitszeit von derzeit höchstens 50 auf 60 Stunden angehoben werden. Die 11. und 12. Arbeitsstunde pro Tag soll von den Beschäftigten aus überwiegend persönlichen Interessen abgelehnt werden können. Alle Betriebe mit geteilten Diensten im Tourismus sollen die Möglichkeit haben, die tägliche Ruhezeit von 11 auf höchstens 8 Stunden zu verkürzen.

⁴⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. III. Quartal 2014", WIFO-Monatsberichte, 2014, 87(10), S. 688, <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/47509>.